



Schröders Rücktritt vom Parteivorsitz

Anfang vom Ende für Rot-Grün

Der Tag des Scheiterns des Parteivorsitzenden Schröder ist der Anfang vom Ende der rot-grünen Bundesregierung.

Davon ist die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, überzeugt. Jeder werde

sich nun fragen, wie Schröder das Land führen wolle, wenn es ihm noch nicht einmal gelinge, die eigenen Parteimitglieder zu führen. Der Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden sei ein Eingeständnis für sein Scheitern. Schröder sei nun ein Kanzler vor Münteferings ►

INHALT

EVP-Kongress
„Ihre Mehrheit in Europa“
(Seite 4-5)

Laurenz Meyer:
Schluss mit den rot-grünen
Statistik-Manipulationen
(Seite 6-7)

Schkopauer Erklärung:
CDU-Spitzen für weitere
Ost-Förderung
(Seite 10)

HEUTE AKTUELL

■ Karl-Josef Laumann: Statistiktrick ist ein Skandal (Seite 7) ■ Ausbildungsabgabe: Union kündigt Widerstand an (Seite 8-9) ■ Peter Harry Carstensen: „Rote Hochburg zurückerobern“ (Seite 11) ■ Innenminister Beckstein zu Gast beim EAK (Seite 12) ■ Maria Böhmer: Lage der Frauen am Arbeitsmarkt nicht verbessert (Seite 13) ■ Frankfurter Erklärung: „Elitecampus Deutschland“ (Seite 16) ■ Günter Nooke: Der Opfer beider Diktaturen gedenken (Seite 18) ■ Helmut Heiderich: Künstast – Gentechnikgesetz Entwurf ist unbrauchbar (Seite 19) ■ Dietrich Austermann: Beraterverträge im Dunkeln (Seite 20-21) Dagmar Wöhr: Informationsrecht des Parlaments missachtet (Seite 21) ■ Peter Harry Carstensen, Helmut Heiderich: Wissenschaftsrat bestätigt CDU/CSU-Initiative (Seite 21-22) ■ Hartmut Koschyk: Rot-grüner Zentralisierungswahn (Seite 22)

► Gnaden. Für Schröder bedeutet dieser Schritt einen „Autoritätsverlust auf ganzer Linie“.

„Dieses Land braucht keinen neuen SPD-Vorsitzenden“, sagte Angela Merkel. „Dieses Land braucht Reformen.“ Das Durchsetzen von Reformen in einer schweren Zeit setze aber eine Regierung und eine sie stützende Regierungspartei voraus, die den politischen Kurs gemeinsam hält. Doch wenn es nicht gelinge, die eigenen Mitglieder von seiner Politik zu überzeugen, könne man auch nicht von den Bürgerinnen und Bürgern erwarten, den Reformkurs mitzutragen.

Angela Merkel kündigte an, dass die Union weiter konstruktiv aus der Opposition heraus für die Menschen in diesem Land arbeiten werde. „Wir werden darauf hinarbeiten, dass diese Regierung so schnell wie immer, möglich aus dem Amte verschwindet.“



Der Rücktritt von Gerhard Schröder als SPD-Parteivorsitzender sei keine Lösung für Deutschland, sagte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer. „Unser Land braucht keinen neuen SPD-Chef, sondern eine handlungsfähige Regierung, die endlich eine Politik für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze macht.“ Schröder sei dazu offenkundig nicht in der Lage. Wer nicht einmal seine eigene Partei überzeugen kann, kann erst recht nicht die Menschen in Deutschland mitnehmen. „Neuwahlen sind in dieser Situation die sauberste Lösung“, forderte der CDU-Generalsekretär.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

■ Das ist ein Misstrauensvotum, von dem sich auch der Regierungschef Schröder nicht mehr erholen wird.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

■ Die SPD braucht keine neue Perücke, sondern eine klare Perspektive. Die Krise der Partei ist keine personelle, sondern eine inhaltliche. An dieser Krise ändert der Wechsel an der Spitze nichts.

Süddeutsche Zeitung

■ Der gestrige Tag markiert einen Abschied auf Raten. Es ist der Anfang vom Ende, das möglicherweise viel schneller kommt als viele denken.

Eßlinger Zeitung

■ Die SPD-Spitze hat die Notbremse gezogen – kurz vorm Abtauchen in die 20 Prozent. Was Schröder und Müntefering als wohl geplanten Schritt verkaufen, ist pure Panik.

Neues Deutschland

■ Es gibt nichts zu deuteln: Gerhard Schröders Rücktritt vom Amt des SPD-Parteivorsitzenden ist die Aufgabe eines entscheidenden Stücks seiner Macht; ist ein Ausdruck von Schwäche und womöglich der Anfang vom Ende seiner Kanzlerschaft.

Die Welt

■ Er tritt auch von den Reformen zurück, die er nicht vermitteln konnte. Quo vadis, Deutschland? Eine Zeit des Siechtums, der Regierungsschwäche hat begonnen. Mitten im Sturm, in gefährlicher Zeit, vor schweren Entscheidungen. Nicht ein Lotse geht von Bord, sondern einer, der die Orientierung verloren hat.

Bild

■ Aber unterm Strich bleibt natürlich die Frage: Wie stark ist überhaupt noch ein Kanzler, dem augenscheinlich seine eigenen Leute nicht mehr folgen?

Offenbach-Post

■ Die SPD trägt offensichtlich nicht mehr die so genannte Reformpolitik; und die SPD wird als Regierungspartei nicht mehr in der gewählten Form vom Volk getragen. Es geht nicht um Vermittlungsprobleme, sondern um Glaubwürdigkeit.

Kölnische Rundschau

■ Keiner kann ernsthaft glauben, dass dieser Rückzug den Regierungschef stärken wird. Er ist eindeutig ein Zeichen von Schwäche und Resignation.

Aachener Zeitung

■ Der Rücktritt vom Freitag könnte so zum Ab-

schied auf Raten geraten und dem Abgang Nr. 1 noch in diesem Jahr Abgang Nr. 2 folgen – für den Kanzler oder gleich seine ganze Regierung.

Mannheimer Morgen

■ Der Führungswechsel wird weder die SPD aus der Krise bringen noch ein Befreiungsschlag für Schröders Kanzlergeschäft werden. Dem bleibt wohl nur, mit einer Kabinetts-umbildung den Stimmungswandel zu versuchen. Dazu fehlen dem Kanzler allerdings die Courage und der Nachwuchs auf der Ersatzbank.

Ostsee-Zeitung

■ Auch der große Rest der Deutschen traut ihm nicht mehr zu, das Land wieder flott zu machen und den Reformstau mit tatsächlichen Umstrukturierungen abzubauen. Schröders oft planlose Reformmurserei ist gescheitert, ihm fehlen vorzeigbare Erfolge.

Leipziger Volkszeitung

■ Für Gerhard Schröder war gestern ein sehr schlechter Tag. Der Bundeskanzler musste einräumen, dass er seinen Aufgaben schlicht nicht mehr gewachsen ist.

Lübecker Nachrichten

EVP-Kongress

„Ihre Mehrheit in Europa“

Unter diesem Motto und ganz im Zeichen des Europawahlkampfes stand der diesjährige Kongress der in der Europäischen Volkspartei EVP vereinten Christlichen Demokraten und Konservativen in Brüssel.

Bei einem Treffen mit der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament kündigte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, an, dass im Vordergrund des Wahlkampfes für die Abstimmung am 13. Juni wirtschafts- und sozialpolitische Themen stehen würden. So müsse sich der Wahlkampf an der Frage orientieren, was die Europäische Union konkret dafür tue, um Wohlstand und soziale Sicherheit in Deutschland zu fördern. Die Union werde „realitätsbewusst“ darauf achten, dass nach der Erweiterung um zehn Länder zum 1. Mai die Funktionsweise der EU gewährleistet bleibe. Bei der Frage des Beitritts der Türkei stehe im Vordergrund, ob die derzeitige EU in der Lage sei, ihre Integration gleichzeitig mit weiteren Beitrittsverhandlungen



Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

zu verkräften, sagte Merkel weiter. In diesem Zusammenhang warnte die Vorsitzende der CDU Deutschlands vor scharfen Tönen gegen die Türkei im Europawahlkampf. Die anstehende EU-Entscheidung, ob mit der Türkei Verhandlungen über einen Beitritt aufgenommen werden soll, sei kein Thema, „das sich für Populismus eignet“, betonte Merkel. Die CDU habe nicht vor, die Türkei zum Hauptthema des Wahlkampfes zu machen. Erforderlich sei ein offener Umgang mit der Regierung in Ankara. Es müsse „in aller Freundschaft mit der türkischen Regierung“ ein dritter Weg hin zu einem engen partnerschaftlichen Verhältnis gefunden wer-

den, so Merkel. Denn es liege auf der Hand, dass die EU auf „spezielle Beziehungen mit der Türkei angewiesen ist“.

Stabilitätspakt – ein Instrument des Vertrauens

Angela Merkel versprach, dass die CDU auch weiterhin dafür eintreten werde, dass kleine und große Länder und neue und alte Mitgliedstaaten die gleichen Rechte und Pflichten hätten. „Wir dürfen uns nicht gegenseitig drohen, wenn wir gemeinsam Politik machen wollen,“ sagte sie. Wenn Deutschland ein Land werde, „das Drohungen aus-

stößt, das Bedingungen stellt, das so tut, als ob große Länder wichtiger sind als kleine Länder, wird es seiner Aufgabe nicht gerecht werden“. Die Vorsitzende wies darauf hin, dass Deutschland in der Vergangenheit ganz besonders darauf gedrungen habe, dass in den Euro-Vertrauen gesetzt werden könne. Der Stabilitätspakt sei daher mehr als ein finanzpolitisches Instrument und „Garant des Vertrauens in unsere gemeinsame Währung“. Deshalb danke sie der EU-Kommission, dass sie sich „in großer Härte, aber auch Klarheit“ zum Anwalt der Stabilität gemacht habe, sagte Merkel. Dies werde auch weiterhin nötig sein. Der Euro müsse eine vertrauenswürdige Währung sein. „Die Mitgliedstaaten müssen alles dafür tun, dass das Vertrauen nicht zerstört wird,“ stellte die CDU-Vorsitzende fest. In diesem Zusammenhang kritisierte Angela Merkel das Vorgehen der Bundesregierung beim Euro-Stabilitätspakt scharf. Es sei traurig, dass Deutschland mittlerweile zu den Defizit-Sündern gehöre, sagte sie und warf Bundeskanzler Gerhard Schröder einen „Crash-Kurs“ vor. Auch

Schröders Vorgehen bei den Verhandlungen zur EU-Finanzplanung von 2007 bis 2013 kritisierte Merkel. „Ich kann nicht verstehen, dass man dort so Rambo-artig vorgeht“, sagte Angela Merkel zur Forderung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und fünf weiteren Regierungschefs, die Obergrenze des EU-Haushalts von 2007 an auf das Niveau der aktuellen Ausgaben abzusenken. Mit festen Obergrenzen in Verhandlungen zu gehen, sei nicht der beste Weg zum Erfolg. Angela Merkel mahnte, nicht nur die Belastungen für Deutschland herauszustellen. „Wir haben eigene Interessen“, sagte sie. So müssten die ostdeutschen Bundesländer weiterhin von der EU-Strukturförderung profitieren, damit das Gefälle zur neuen Konkurrenz aus den EU-Beitrittsländern Polen und Tschechien nicht zu groß werde.

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die Teilnehmer des EVP-Kongresses in Brüssel dazu aufgerufen, in den nächsten Monaten intensiv daran zu arbeiten, dass die Mitgliedsparteien die Europawahlen gewinnen und die EVP-ED-Fraktion

wieder als stärkste Fraktion in das Europäische Parlament einziehen kann. Gleichzeitig kündigte der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl an, dass die Fraktion, wenn sie wieder stärkste Fraktion im Parlament werde, keinen Kommissionspräsidenten akzeptieren werde, der dieses Wahlergebnis nicht entsprechend widerspiegele.

Pöttering setzte sich auch nachdrücklich dafür ein, dass alle Bemühungen unternommen werden, damit noch vor der Europawahl im Juni eine Einigung über die Verfassung erreicht und ein klares Signal für die Zukunft Europas gesetzt werde. Pöttering sagte, die weiteren Verhandlungen sollten sich nur auf die ungelösten Fragen konzentrieren und nicht das gesamte Paket wieder aufgeschnürt werden.

Für die Zukunft nannte Pöttering die Konsolidierung der Erweiterung als prioritäre Aufgabe der Europäischen Union. Aber die EVP müsse auch die Frage der Grenzen Europas und der Weiterentwicklung der Beziehungen der Europäischen Union zu ihren Nachbarn in „ehrlicher und respektvoller Weise“ diskutieren.

Laurenz Meyer:

Schluss mit den rot-grünen Statistik-Manipulationen

Ohne die Statistik-Tricks der Bundesregierung wäre die Zahl der Arbeitslosen längst über die Fünf-Millionengrenze gestiegen.

Denn tatsächlich sind mindestens 400.000 Menschen mehr arbeitslos als offiziell angegeben. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, parallel zur offiziellen Statistik auch die Arbeitslosenzahlen nach dem alten Berechnungsverfahren vorzulegen, um den Menschen in Deutschland den ganzen Ernst der Situation vor Augen zu führen. Nur so werden wir die Bürger von der Notwendigkeit



des Reformprozesses überzeugen. Doch selbst die geschönten Statistiken können die Dramatik der Lage kaum noch verbergen: Die Zahl der Beschäftigten sinkt seit zwei Jahren kontinuierlich, gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitslosen auch sai-

sonbereinigt erstmals seit Monaten wieder angestiegen. Was besonders alarmierend ist: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen erhöhte sich um mehr als 15 Prozent, die der offenen Stellen sank dagegen um 21 Prozent.

Die Hauptschuld für die Misere auf dem Arbeitsmarkt trägt Bundeskanzler Schröder. Mit seinem chaotischen Regierungsstil verwirrt Schröder nicht nur die Menschen, sondern zusehends auch die eigene Partei. Aus purer Angst vor der eigenen Basis und angesichts desaströser Umfrage-

WIE MAN MIT STATISTIK LÜGT

Eine Änderung in der Zählweise der Statistik hat die Zahl der Arbeitslosen im Januar im Vergleich zum Vorjahr sinken lassen.

Bundesweit wurden 4,597 Millionen Arbeitslose gezählt, 26.400 weniger als vor einem Jahr, aber 282.300 mehr als vor einem Monat, wie die Bundesagentur für Arbeit bekannt gab. Dabei fielen entsprechend der neuen Hartz-

Gesetze 81.000 Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen aus der Arbeitslosenstatistik, wie der kommissarische Vorstand Frank-Jürgen Weise betonte.

Nach alter Rechnung sank die Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich demnach nicht, sondern erhöhte sich um 24.800. Auch der Anstieg gegenüber dem Vormonat fiel nach alter Zählung mit 368.600 Arbeitslosen we-

sentlich stärker aus. Arbeitsmarkt-Vorstand Heinrich Alt betonte, die Bundesagentur sei in ihrer Zählung an das neue Hartz III Gesetz gebunden. Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen seien nun gleichgestellt mit jenen an Weiterbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, da sie in der Praxis in dieser Zeit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stünden.

werte hat der SPD-Chef ein Ende seiner ohnehin unzureichenden Reformpolitik erklärt. Offenbar ist die Bundesregierung Opfer ihrer eigenen Beschönigungspolitik geworden. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Bundeskanzler jetzt eine neue Kehrtwende vollzieht und in dieser dramatischen Situation zur Politik der ruhigen Hand zurückkehrt.

Statistiktrick ist Skandal ersten Ranges



Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist katastrophal. Es muss sofort Schluss sein mit den billigen Statistiktricks.

Es ist ein Skandal ersten Ranges, dass die amtlichen Zahlen manipuliert werden, um das wahre Ausmaß der Beschäftigungsmisere zu verschleiern. Ich fordere die Bundesregierung auf, sofort

zur alten Rechnung zurückzukehren. Das gilt vor allem für die Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen und die PSA-Daten. Allein bei den Trainingsmaßnahmen verschwinden plötzlich 81.000 Arbeitslose aus den amtlichen Zahlen. Durch die PSA werden noch einmal gut 31.000 Arbeitslose weniger gezählt. Mit einem einzigen Federstreich sinkt die Arbeitslosigkeit um über 110.000, ohne dass sich ein Jota am Arbeitsmarkt geändert hat. Das ist keine solide Arbeitsmarktpolitik, sondern pure Augenwischerei.

Wer arbeitslos ist, arbeiten kann und Arbeitslosengeld bezieht, muss auch in der Statistik geführt werden. Eine solche Statistikänderung macht Sinn und verbessert die Transparenz. Alles andere täuscht und vertuscht die wahre Lage.

Die über 4,6 Millionen Arbeitslosen haben eine seriöse Wirtschaftspolitik verdient, die sich auf die drängenden Probleme konzentriert. Statistiktricks, die nur Scheinerfolge produzieren, sind hierfür der falsche Weg.

Karl-Josef Laumann ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

500 MILLIONEN EURO VERLUST

■ Zuden Haushaltsauswirkungen der neuen Arbeitsmarktzahlen erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Bereits nach einem Monat hat die Bundesagentur für Arbeit schon 503,1 Mio. Euro „Minus“ gemacht. Darüber hinaus wurden im Januar fast drei Mrd. Euro Bundesdarlehen in Anspruch genommen, um die laufenden Verpflichtungen zu begleichen. Von einem Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt ist nichts zu spüren.

Maßgeblich für die Finanzentwicklung sind die Ausgaben für Arbeitslose, gewissermaßen das Spiegelbild der sinkenden Beschäftigung. Statt knapp 2 Mrd. Euro wie im Januar 2003 mussten im Januar 2004 fast 2,5 Mrd. Euro Unterstützung an Arbeitslose gezahlt werden, also rd. 27 % mehr! Steigende Ausgaben sind auch bei der Arbeitslosenhilfe zu erwarten. Sie lagen im Januar um 300 Mio. Euro über dem Vorjahr.

DIHK-Innovationskongress

Deutschland bleibt nur mit Innovationen zukunftsfähig

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat die Bundesregierung eindringlich vor einer Reformpause gewarnt.

„Wir können keine Rückkehr zur ruhigen Hand gebrauchen,“ sagte die CDU-Vorsitzende und Oppositionsführerin im Bundestag auf dem Innovationskongress des Deutschen Industrie- und Handelskammertags in Berlin. Die Welt bewege sich schneller als Deutschland. „Deshalb müssen wir aufholen und dürfen das Jahr 2004 angesichts der Reform-Notwendigkeiten nicht verloren geben“, forderte Angela Merkel. Die im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachten Reformen seien „nur der Beginn eines Prozesses“. Im Steuerrecht, im Bereich der sozialen Sicherungssysteme und bei den Arbeitsmarktstrukturen seien weitere Reformen unerlässlich.

Die Parteivorsitzende machte deutlich, dass die Innovationskraft in Deutschland mit darüber entscheide, ob der Wohlstand zu halten sei oder absinke. Konkret bedeute die demografische Entwicklung einen



Foto: Ossenbrink

„strategischen Nachteil“, der nur durch „größere Marktanteile bei innovativen Produkten“ ausgeglichen werden könne. In diesem Zusammenhang betonte Angela Merkel, vor Beginn eines Forschungsprozesses dürfe es kein „Ausschlussprinzip“ geben. Insbesondere sei es nicht die Aufgabe der Politik, ganze Innovationsfelder, wie beispielsweise die Kernenergie, auf den Index zu setzen.

Stattdessen müsse die Politik verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Vorreiter seien hier die unionsregierten Länder, in denen Schüler bereits nach zwölf Jahren die Hochschulreife erlangen könnten. Die Herausbildung von Eliten soll, so die CDU-Vorsitzende,

nicht auf einige wenige Universitäten konzentriert werden, sondern auf der Fachbereichsebene ansetzen. Außerdem plädierte Angela Merkel für die Einführung von Studiengebühren. Des Weiteren sollen betriebliche Bündnisse für Arbeit auch auf Unternehmensebene mehr Flexibilität für Wissenschaft und Forschung ermöglichen.

Voraussetzung für die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung sei die Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Kassen. Hierzu müssten die Arbeitskosten von den Kosten für die sozialen Sicherungssysteme entkoppelt werden, betonte die CDU-Vorsitzende. Ansonsten werde Deutschland weiter im internationalen Wettbewerb zurückfallen. Die CDU habe sich deshalb im Gesundheitswesen für die Einführung eines Prämienmodells entschieden. Nach dem Urteil aller maßgeblichen Fachleute seien allein Gesundheitsprämien geeignet, im dynamischen Gesundheitsmarkt Wachstum zu generieren.

Ausbildungsabgabe

Union kündigt Widerstand an

Spitzenpolitiker der Union lehnen die von der Bundesregierung geplante Ausbildungsabgabe strikt ab.

In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff die Arbeitsplatzabgabe werde zur Verstaatlichung der Ausbildung führen und die Wirtschaft aus der Verantwortung entlassen. Mit solch einem „bürokratischen Verwaltungsmonster“ vertreibe man Arbeits- und Ausbildungsplätze aus Deutschland, weil sich das Wirtschaftsklima verschlechtere. In Niedersachsen seien durch gemein-



Christian Wulff



Erwin Teufel



Friedrich Merz



Christoph Böhr

same Aktivitäten mit der Wirtschaft die Zahl der Lehrverträge gesteigert und die Lehrstellenlücke verringert worden. „Das ist der Weg des Erfolges“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands. Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel kritisierte, die „Staatsgläubigkeit der SPD“ sei ungebrosen. Die Abgabe „schi-

kaniert und drangsaliert die Wirtschaft völlig unnötig“, betonte das CDU-Präsidiumsmitglied.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz sagte, er „hoffe“, dass die SPD die Abgabe „nur als Drohung“ meine. Wenn die Abgabe ernst gemeint sei, werde sie zur „Verstaatlichung“ führen

ROLAND KOCH: BKA-UMZUG NOTFALLS IM BUNDES RAT STOPPEN

Die hessische Landesregierung will den von der Bundesregierung geplanten Umzug großer Teile des Bundeskriminalamtes (BKA) notfalls im Bundesrat stoppen.

Sollte Bundesinnenminister Otto Schily seine Pläne zur BKA-Verlagerung von Wiesbaden und Meckenheim nach Berlin „nicht endlich in den Papierkorb befördern, wer-



den wir eine Initiative in den Bundesrat einbringen“, kündigte Ministerpräsident Roland Koch nach einer Sitzung seines Kabinetts an. Er verwies zur Begründung auf einen formalen Beschluss der Landesregierung und auf einen einstimmigen Landtagsbe-

schluss von vergangener Woche gegen die Umzugspläne. Die Pläne hätten zu einer Lähmung des BKA geführt. Bundesinnenminister Schily müsse alles tun, um die Einsatzfähigkeit des Bundeskriminalamtes und auch das Engagement der Mitarbeiter, schnellstmöglich wiederherzustellen, forderte das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.

und solche Unternehmen doppelt bestrafen, die Plätze anböten und nicht besetzen könnten. Eine Ausbildungsplatzabgabe werde lediglich das Anspruchsdenken bei jungen Leuten fördern, aber nicht die Bereitschaft, einen Ausbildungsplatz anzunehmen.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, fordert die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, die geplante Ausbildungsplatzabgabe im Bundesrat offen und ohne falsche parteipolitische Rücksichtnahme zu kippen. Christoph Böhr: „Hinter der rot-grünen Ausbildungsplatzabgabe steckt ein falscher und naiver Gedanke. Die Ursachen unserer Ausbildungs-misere liegen auf der Hand. Da reicht ein Blick auf die gigantischen Insolvenzzahlen, den Arbeitsmarkt und die Lage unserer Wirtschaft. Die Unternehmen können nicht mehr. Wer in dieser Situation den Unternehmen die Pistole auf die Brust setzt und mit finanziellen Erpressungen droht, der hat nicht verstanden, in welcher Lage wir uns befinden. Er kündigt auch die Partnerschaft mit den Ausbildungsbetrieben auf. Dieser rot-grüne Unfug muss endlich vom Tisch.“

Schkopauer Erklärung

CDU-Spitzen für weitere Ost-Förderung



Unterzeichner der Erklärung (v. l.): Dieter Althaus, Georg Milbradt und Wolfgang Böhmer

Die CDU-Ministerpräsidenten in den ostdeutschen Bundesländern haben sich auf einer gemeinsamen Sitzung im sachsen-anhaltinischen Schkopau für eine weitere Förderung der neuen Bundesländer ausgesprochen.

„Die Präsidien fordern von der Bundesregierung eine Politik, die den neuen Ländern im internationalen Wettbewerb Chancen eröffnet“, heißt es in verabschiedeten „Schkopauer Erklärung“. Die noch notwendige Umsetzung der Arbeitsmarktgesetze „Hartz III“ und „Hartz IV“ solle unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitssituation in den Neuen Ländern erfolgen, heißt es in der Erklärung. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit vor allem in Ostdeutschland erwar-

ten die Präsidien von den Tarifpartnern eine beschäftigungssichernde Tarifpolitik. Die Präsidien kündigten an, dass die drei Länder in der Föderalismusdebatte eine gemeinsame Position vertreten werden. Ziel bleibe die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands.

„Wir sehen die Osterweiterung als große Chance an, wir müssen aber in die Lage versetzt werden, im internationalen Wettbewerb zu bestehen“, sagte Milbradt. „Wir sind an einer europäischen Lösung interessiert, weil sie uns die Gleichbehandlung mit anderen Regionen ermöglicht“, sagte er mit Blick auf Regionalförderungen der EU.

→ www.cdu-sachsen.de
→ Presse

 **BUCHTIPP**

■ **Marcus Maurer, Carsten Reinemann:**

Schröder gegen Stoiber

Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003

239 Seiten, 26,90 Euro

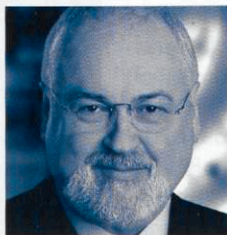
Die Flut, der Irakkonflikt, die TV-Duelle: Viele Beobachter sahen in diesen Ereignissen die Gründe, dass sich Rot-Grün bei der Bundestagswahl 2002 auf der Zielgeraden noch hauchdünn gegen die Union durchsetzen konnte. Die beiden TV-Duelle zwischen Kanzler Schröder und Herausforderer Stoiber waren ein Novum im deutschen Wahlkampf. Doch haben sie die Wahl entschieden? Die Autoren vom Institut für Publizistik an der Uni Mainz ließen 75 Wahlberechtigte auf einer Großbildleinwand die TV-Duelle verfolgen und ermittelten anhand von Interviews in unterschiedlichen Zeitintervallen vor und nach den Duellen deren Wahrnehmung. Ergebnis: Schröder hat besonders durch die den Duellen folgende Berichterstattung punkten können. Deshalb sei die Wirkung der TV-Auseinandersetzung erheblich.

Empfehlung: Es wird bestätigt, was man vermutet – Dies aber solide empirisch belegt.

Peter Harry Carstensen:

„Rote Hochburg zurückerobern“

Der Vorsitzende der Nord-CDU und Spitzenkandidat zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 2005, Peter Harry Carstensen, ist nun auch Direktkandidat im Landtagswahlkreis 25 (Elmshorn).



Die Mitglieder der CDU-Verbände aus der Stadt und dem Amt Elmshorn sowie den Gemeinden Appen und Tornesch wählten den Christdemokraten mit 97,5 Prozent der Stimmen zu ihrem Wahlkreiskandidaten. Damit ist klar: Peter Harry Carstensen ist kein Kandidat auf der Durchreise, sondern wird ab 2005 ausschließlich für das Land Schleswig-Holstein und die Menschen in seinem Wahlkreis arbeiten. Die Mitglieder des Wahlkreisparteitages begrüßten das positive Signal, das Peter Harry Carstensen mit seiner Kandidatur auf die Menschen im Süden des Landes ausstrahlt: „Der Süden Schleswig-Holsteins ist das wirtschaftliche Kraftzentrum unseres Landes. Hier findet

Wachstum statt, hier wird das Geld verdient, das für die Entwicklung des gesamten Landes gebraucht wird“, sagte der Amtsvorsteher des

Amtes Elmshorn-Land, Otto Leverkus, als er Carstensen den anwesenden CDU-Mitgliedern als Wahlkreiskandidat vorschlug.

 **SERVICPUNKT**

■ **In den letzten Tagen haben die Kreisverbände das neue Wandzeitungsmotiv „Radiergummi“ für die Schaukästen vor Ort erhalten.**

Auf Anfrage können Sie dieses Plakat auch als Grossfläche erhalten. Bitte informieren Sie die Bundesgeschäftsstelle, wie viele dieser Grossflächen Sie vor Ort benötigen.

Bestellungen richten Sie bitte per Mail an:
olaf.dembinski@cdu.de

Zuwanderungsdebatte:

Innenminister Beckstein zu Gast beim EAK

Die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungsgesetz lag erst einige Tage zurück, als der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) vor dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zum Thema Zuwanderung sprach.

Der EAK, der bei seiner Arbeit auch darauf bedacht ist, die Anliegen der Kirchen in den Blick zu nehmen und gegebenenfalls vermittelnd zwischen Politik und Kirchen zu wirken, sieht hier insbesondere beim Thema Zuwanderung Handlungsbedarf. So lag der Schwerpunkt des Vortrages von Staatsminister Beckstein auf den möglichen Einigungschancen beim Zuwanderungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der kirchlichen Positionen.

Nach einem Treffen mit CDU-Generalsekretär, Laurenz Meyer, stellten sich der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel MdB, und Staatsminister Beckstein den Fragen der Journalisten. Dabei hielt Rachel fest, dass für die Christdemokraten klar sei, dass aus politischen oder religiösen Gründen verfolg-



v.l.: Christian Meißner, Thomas Rachel und Günther Beckstein

ten Menschen auch weiterhin Asyl und Zuflucht in Deutschland gewährt werden müsse. Insbesondere vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes, dem sich die Union in besonderer Weise verpflichtet fühle, sehe er Handlungsbedarf im humanitären Bereich. Eine Verbesserung der bisherigen Situation sei seiner Ansicht nach bei den so genannten Kettenduldungen möglich: Die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung nach einer gewissen Frist sei hier eine Option, bei der die Schaffung einer klaren Rechtssicherheit und die Möglichkeit menschenwürdiger Einzelfallprüfung gewährleistet werden müsse. Rachel erinnerte zudem an das 1996 von den Kirchen vorgelegte Wort zu Migration und Flucht: Damals hätten die Kirchen darauf verwiesen,

dass unter den Geboten Gottes nur wenige dem Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen an Gewicht und Eindeutigkeit gleichkämen.

Zur Frage der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung sagte Beckstein, dass diese unter die Genfer Flüchtlingskonvention fielen. Bei dem nächsten Treffen der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses werde es jedoch auch um diese Art von Verfolgungen gehen. Zu einer möglichen Aufhebung des Anwerbstopps äußerte sich Beckstein erneut ablehnend. Ein neues Gesetz müsse nach Auffassung des CSU-Politikers in jedem Fall hinreichenden Schutz vor verfassungsfeindlichen Kräften bieten und die Möglichkeit des Missbrauches ausschließen.

Regierungsbilanz täuscht:

Lage der Frauen am Arbeitsmarkt nicht verbessert

Die Bilanz der von Bundesregierung und Arbeitgebern geschlossenen Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft täuscht über die tatsächliche Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt hinweg.

Diese Ansicht vertritt die Bundesvorsitzende der Frauen-Union und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, Maria Böhmer. Rein statistisch habe die Frauenerwerbstätigkeit zwar von 56,9 Prozent in 2001 auf 58,8 Prozent in 2002 zugenommen. Dies allein sei aber kein Grund zum Jubeln. In absoluten Zahlen sei die Zahl arbeitslos gemeldeter Frauen im gleichen Zeitraum von 1,7 auf 1,8 Millionen angestiegen. Und das trotz der Bemühungen von Unternehmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, und den Einsichten wirtschaftskompetenter Personen wie z.B. BDA-Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner, dass die Wirtschaft schon im Eigeninteresse nicht auf gut ausgebildete Frauen verzichten könne. In 2003 seien sogar 1,9 Millionen Frauen ar-



beitslos gewesen. Die Zahl Arbeit suchender Frauen liege noch deutlich über der der gemeldeten weiblichen Arbeitslosen, sagte Böhmer.

Die Frauenerwerbstätigkeit von 58,8 Prozent basiere auf der Anzahl der beschäftigten Frauen, ohne deren tatsächliche Arbeitszeit zu berücksichtigen. Frauen, die nur eine Stunde in der Woche berufstätig seien, würden ebenso mitgezählt, wie geringfügig Beschäftigte oder Frauen, deren Beschäftigungsverhältnis in der Elternzeit ruhe, wies Maria Böhmer hin. Darüber hinaus bestehe die gravierende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen fort. Frauen erhielten nach wie vor durchschnittlich nur 75 Prozent des Gehaltes ihrer männlichen Kollegen.

Auch die Reform der sozialen Sicherungssysteme habe folgenschwere Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen. So würden Kindererziehungs- und Pflegezeiten nach wie vor nicht angemessen bei der Rente berücksichtigt. Die staatlich geförderte Riester-Rente sei – den Ermahnungen aus Brüssel trotzend – nach wie vor nicht an für Männer und Frauen gleiche Unisex-Tarife gekoppelt.

Die gesetzlichen Änderungen der Arbeitslosenversicherung drängten die Frauen wegen der Anrechnung des Partnereinkommens sogar in die finanzielle Abhängigkeit von ihren Ehemännern und damit wieder in die Rolle der Zuverdienerin. Arbeitsämter seien angehalten, teure – in der Regel männliche – Arbeitslose zuerst in eine offene Stelle zu vermitteln.

Böhmer: „Konsensrunden verkommen dann zur Farce, wenn die Regierung zwar guten Willen bekundet, jedoch ihre Regelungskompetenzen nicht zum Wohle der Frauen nutzt. Handeln ist gefragt und keine Goodwill-Aktionen. Die Frauen haben eine bessere Regierung verdient.“

Raumfahrt

Die deutsche Raumfahrt bedarf aus der Sicht der Union einer besseren Förderung. Es bestehe Handlungsbedarf, um die wissenschaftliche Zukunfts- und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Raumfahrtstandorts Deutschland in Europa zu stärken, schreibt die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (15/2334). Zur Begründung vergleichen die Antragsteller die Budgets für die nationalen Raumaktivitäten. So investiere Frankreich rund das Dreifache und Italien in etwa das Doppelte der bundesdeutschen Mittel für nationale Raumfahrtprogramme bei jeweils niedrigerem Bruttosozialprodukt.

Bundeswehr

Die Aufträge der Bundeswehr sollen unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden. Dies haben die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses einstimmig beschlossen. Grundlage der Entscheidung war ein Bericht des Bundesrechnungshofes. Dieser bean-

standete das bestehende komplexe Verfahren, bei dem Ausschreibungen mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb kaum angewendet würden.

Nahost-Frieden

Der Bundestag soll die so genannte Genfer Initiative für einen Frieden im Nahen Osten begrüßen. Dies fordern SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP in einem gemeinsamen Antrag (15/2392). In der Genfer Initiative seien detaillierte Vorschläge zur Lösung der wichtigsten Streitpunkte vorgelegt worden, heißt es darin. Beiden Seiten würden Kompromisse abverlangt, aber auch langfristige Entwicklungsperspektiven geboten.

Bundestagswahl 2006

Schleswig-Holstein und Thüringen werden bei der nächsten Bundestagswahl voraussichtlich jeweils auf einen Wahlkreis verzichten müssen. Einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten dagegen Bayern und Niedersachsen. Das geht aus dem Bericht der Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode

des Deutschen Bundestages (15/2375) hervor. Danach soll Schleswig-Holstein zukünftig nur noch über zehn und Thüringen nur noch über neun Wahlkreise verfügen. Die Ursache für die Neuverteilung der 299 Wahlkreise sei der kontinuierliche und nachhaltige Rückgang der Bevölkerung in Thüringen sowie eine deutlich stärkere Bevölkerungszunahme in Bayern und Niedersachsen als in Schleswig-Holstein, heißt es.

Erneuerbare Energien

Die Bundesregierung will den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010 auf mindestens 4,2% und am Stromverbrauch auf mindestens 12,5% erhöhen. Dies geht aus ihrer Antwort (15/2377) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/2208) zur Koordinierung und Intensivierung der Forschung im Bereich der Bioenergie und Sicherung von Zukunftsmärkten hervor. 2000 lag den Regierungsangaben zufolge der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Deutschland bei 2,8%, während er in Schweden 37,0%, in Finnland 33,3% und in Österreich 25,7% betrug.



Hochschulen

Die Hochschulen in Deutschland brauchen nach Ansicht der CDU/CSU mehr Autonomie. Daher solle das Hochschulrahmengesetz entsprechend geändert werden. Die Union tritt in einem Gesetzentwurf (15/2385) für eine Erweiterung der Rechte der Hochschulen bei der Auswahl von Studienbewerbern ein. Auch sei die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen überflüssig. Gleichzeitig solle sich der Bund aus bisher von ihm geregelten Bereichen zurückziehen und sie den Hochschulen überlassen.

„Zukunftsausschuss“

Der Deutsche Bundestag soll einen Zukunftsausschuss einrichten, um die In-

teressen künftiger Generationen zu wahren. Dies fordert die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (15/2387). Dem Ausschuss sollen 15 ordentliche und 15 stellvertretende Mitglieder angehören. Eine mit dem Ausschuss institutionalisierte Generationenverträglichkeitsprüfung, die gesetzgeberische Entscheidungen im Vorhinein auf ihren Beitrag zu einer Politik der Generationengerechtigkeit überprüft, könne dazu beitragen, Fehler zu vermeiden, die auf längere Sicht immer einschneidendere Reformen nach sich ziehen würden, heißt es zur Begründung.

Verteidigungsetat

Die CDU/CSU-Fraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, den Verteidigungshaushalt ab 2005 „substan-

ziell“ aufzustocken. In einem Antrag „für eine moderne Bundeswehr als Pfeiler einer verlässlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands“ (15/2388) heißt es, die zusätzlichen Mittel seien als Anschlagfinanzierung zur Beschaffung moderner Materials und für eine bessere Führung, Aufklärung, Kommunikation, Präzisions- und Abstandsbewaffnung sowie strategischen Transport notwendig.

Menschenrechte

Die CDU/CSU will in einer kleinen Anfrage (15/2427) wissen, wie die Bundesregierung die aktuelle Situation der ethnischen Minderheiten in Rumänien bewertet: Zum Hintergrund: Rumänien strebt für das Jahr 2007 die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an. Führt der regelmäßige Bericht der EU in Bezug auf die Einhaltung von Standards bei den Menschen- und Minderheitenrechten zwar eine Reihe von Verbesserungen in diesem Bereich an, bestehen dennoch faktisch noch immer „erhebliche Defizite“, vor allem bei der Durchsetzung der Rechte für ethnische und religiöse Minderheiten in Rumänien.

Frankfurter Erklärung

„Elitecampus Deutschland“

Mit einer gemeinsamen Strategie wollen die Wissenschaftsminister der Union für die Herausbildung eines Exzellenznetzwerks von besonders leistungsstarken Fakultäten und Fachbereichen der Hochschulen in Deutschland sorgen.

„Dieses Netzwerk mit dem Namen ‘Elitecampus Deutschland’ ist unser Modell, das die Länder dem von der Bundesregierung effektiv inszenierten, aber un-

fundierten Projekt Elitehochschulen entgegensetzen können“, erklärte der baden-württembergische Wissenschaftsminister, Peter Frankenberg, als Sprecher der Minister der unionsregierten Länder nach einer gemeinsamen Sitzung der Wissenschaftsministern der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er bezeichnete die Frankfur-

ter Erklärung „Elitecampus Deutschland“ als „entscheidenden Beitrag in dieser Diskussion um Elitehochschulen, die nur dann Sinn macht, wenn wir in Deutschland auch über die drei Qualitätsfaktoren für Spitzenhochschulen diskutieren: Studierendenauswahl durch die Hochschulen, Spielraum bei der Personalausstattung durch Lockerung des Kapazitätsrechts und Freiheit der Länder zur Einführung von Studiengebühren“.

KURZÜBERBLICK:

FRANKFURTER ERKLÄRUNG „ELITECAMPUS DEUTSCHLAND“

1. Leistung, Wettbewerb und Elite bleiben Schlüsselbegriffe der Bildungspolitik der Union. Elitehochschulen entstehen nur durch einen wissenschaftsgesteuerten Wettbewerb.
2. In der Praxis findet dieser Wettbewerb nicht zwischen Hochschulen, sondern auf Ebene der Fakultäten und Wissenschaftsbereiche, statt. Die „fachlichen Leuchttürme“ müssen konsequent gefördert und zu einem Netzwerk „Elitecampus Deutschland“ verknüpft werden.“
3. Hochschulen brauchen wettbewerbsfördernde und leistungsorientierte Rahmenbedingungen: ■ Selbstauswahl bei der Studienplatzvergabe, Abschaffung der ZVS, ■ Lockerung der kapazitätsrechtlichen Vorgaben und ■ Neues Hochschulfinanzierungssystem einschließlich der Möglichkeit, Studiengebühren zu erheben.
4. Statt sich unzulässigerweise in Länderkompetenzen einzukaufen, muss die Bundesregierung erst einmal dort ihren Pflichten nachkommen, wo sie Verantwortung trägt. Durch ihren einseitigen Rückzug aus den Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau (Absenkung um 175 Mio. Euro) und Forschungsförderung (Aufkündigung der vereinbarten Zuwachsraten z. B. für MPG und DFG) gefährdet sie massiv den Wissenschaftsstandort Deutschland.
5. Eliteförderung zu Lasten der Breitenförderung ist kontraproduktiv.

Die vollständige Erklärung finden Sie auf www.cdu.de, Navigationspunkt „Politik A-Z“, Stichwort „Bildungspolitik“

Innovationskongress

5 Mrd. Euro Steinkohlesubventionen in Forschung und Bildung investieren

Vor allem mit Innovationen will die Union Deutschland wieder auf Wachstumskurs bringen.

Derzeit werde in unserem Land zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert, stellte Katherina Reiche, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf dem Innovationskongress der CDU/CSU-Fraktion fest.

Zwischen 2000 und 2002 seien die öffentlichen Forschungsausgaben in Deutschland nur um 6 Prozent gestiegen, erklärte Reiche. Auch die FuE-Aktivitäten des Wirtschaftssektors würden wieder abnehmen. Insbesondere der Mittelstand forsche kaum noch. Die großen Firmen tätigen ihre Forschungsausgaben derweil zunehmend im Ausland, vor allen Dingen in den USA.

Als Placebo kritisierte Reiche die Absicht der rot-grünen Bundesregierung, Elite-Unis in Deutschland per „Preisausschreiben“ zu ermitteln. „Hervorragende Universitäten könne man nicht von oben verordnen, sie müssen sich aus dem frei-

en Wettbewerb Universitäten heraus entwickeln.“ Der Vorschlag der Union: Mehr Freiheit, mehr Geld, mehr Verantwortung und mehr Forschung. Das Verbot von Studiengebühren müsse fallen, forderte Reiche.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Maria Böhmer, sprach sich dafür aus, das Hochschulrahmengesetz auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Auch die Ländergesetze müssten einer Wirkungskontrolle unterzogen werden. Die Hochschulen leiden unter einem zu engen rechtlichen Korsett, stellte sie fest. Um die deutschen Hochschulen international wieder konkurrenzfähiger zu machen, forderte Böhmer mehr Freiheit für die Hochschulen bei der Organisation, bei Personalfragen und den Finanzen. Die Universitäten sollten sich Studenten und Professoren selbst aussuchen können, forderte die Bildungspolitiklerin.

Um Deutschland wieder auf einen sicheren Wachstumskurs führen, müsse sich die „Mentalität ändern“, forderte die Fraktions- und Par-

teivorsitzende Angela Merkel zum Abschluss des Kongresses. Nötig seien vor allem „neue Helden“ in Gestalt von „Tüftlern“ und Technikern, die „sich das Unvorstellbare vorstellen“ könnten. Daneben sei es Aufgabe der Politik, sowohl der Forschung als auch den innovativen Unternehmen „verlässliche und berechenbare“ Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Genau dies lasse die Politik derzeit jedoch vermissen, betonte die Vorsitzende.

Die Frage, warum es in Deutschland so wenige „dynamische Unternehmen“ gebe, führte Angela Merkel letztlich auf die Regulierungsdichte zurück, die den deutschen Arbeitsmarkt überziehe. Deshalb appellierte die Partei- und Fraktionsvorsitzende an die Politik, die grundsätzlichen Reformen des Arbeitsmarktes, des Steuerrechts und der sozialen Sicherungssysteme energisch voranzutreiben. In allen Politikbereichen werde die Union „Motor“ sein, damit der Standort Deutschland – trotz Rot-Grün – zukunftsfähig bleibe.

Günter Nooke:

Der Opfer beider Diktaturen gedenken

Die CDU/CSU-Fraktion hat im November 2003 den Antrag „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“ beschlossen.

In diesem Zusammenhang ist es nicht nachvollziehbar, warum die SPD auf Bundesebene gegen ein Gedenkstättengesetz votiert, in Sachsen jedoch gemeinsam mit der CDU das Sächsische Gedenkstättengesetz verabschiedet. Das haben wir durch einen Hinweis im Antrag deutlich gemacht.

Wir haben bewusst das Wort Diktaturgeschichte im Titel des Antrags gewählt. Dabei geht es in keiner Weise darum, das Terrorsystem der Nationalsozialisten mit der SED-Diktatur gleichzusetzen oder die Singularität des Holocaust anzuzweifeln. Wir beziehen uns dabei auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Sie stellte fest: „Die Erinnerung an die beiden Diktaturen (...) schärft das Bewusstsein für den Wert von Frei-



heit, Recht und Demokratie. Dies (...) ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.“ Bezogen auf die NS-Gedenkstätten ist deren nationale Bedeutung für die Erinnerungskultur unstrittig. Das Gedenken an die SED-Diktatur ist dagegen nur ungenügend im öffentlichen Bewusstsein verankert. Wir fordern daher ein Gesamtkonzept auf Bundesebene für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen. Der antitotalitäre Konsens muss sich auf die NS- und die SED-Diktatur beziehen.

Anliegen unseres Antrages ist es, sowohl die allmähliche Einebnung fundamentaler Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen im 20. Jahrhundert und insbesondere ihrer Verbrechen zu stop-

pen, als auch gegen eine allmähliche Einebnung fundamentaler Unterschiede in den beiden Systemen nach 1945 ein Signal auf Bundesebene zu setzen. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der wir von der Singularität des Holocaust sprechen, sollte uns klar sein, dass das SED-Regime und seine Überwindung kein regionales Ereignis sondern deutsche Nationalgeschichte sind.

Wenn wir vom Gedenken an die Opfer sprechen, ist es unvermeidbar, beide Diktaturen im vergangenen Jahrhundert zu betrachten; nicht nur wegen der gegenseitigen Bezüge sondern ganz pragmatisch, weil es Orte gibt, die an Gewaltverbrechen aus beiden Diktaturen erinnern.

Wir wollen dazu beitragen, die Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland zu verbessern, in der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, bei der Mitwirkung von Wissenschaft und Universitäten, bei der Einbeziehung der Opfergruppen und auch bei der finanziellen Verantwortung des Staates.

Günter Nooke ist kultur- und medienpolitischer Fraktionssprecher.

Helmut Heiderich:

Künast – Gentechnikgesetz-Entwurf ist unbrauchbar

Verunsicherung der Landwirte, Haftung nach Willkür, Behinderung der Freiland-Forschung, Aufblähung der Bürokratie, hohe Kosten – das sind die wesentlichen Merkmale des neuen Gentechnik-Gesetzes, das BMVEL-Ministerin Künast jetzt vorgelegt hat.

Im Ergebnis wird der Künast-Entwurf zwar dem Verkauf von Gentechnik-Produkten aus Übersee-Importen den Weg in die Supermarktgänge und auf die Teller der deutschen Verbraucher ebnet. Die Nutzung und Erforschung dieser Technologie im eigenen Land wird er aber weiter behindern.

Statt die Europäischen Freisetzung-Regeln der Richtlinie 2001/18/EG fachlich in deutsches Recht umzusetzen und daneben praxistaugliche Koexistenz-Regelungen zu schaffen, vermerkt der Entwurf beides mit der Absicht, das alte Feinbild einer angeblichen Risiko-Technologie aufrechtzuerhalten.

Zwar gibt die Bundesregierung endlich offen zu, dass gentechnisch verbesserte Pflanzen genau so sicher für Gesundheit und Umwelt



sind wie herkömmliche Pflanzen. Trotzdem sollen Bauern, welche die Bio-Technologie nutzen, willkürlich zu Schadenersatzzahlungen herangezogen werden können. Und zwar auch dann, wenn sie die gesetzlichen Vorschriften penibel beachten und ihr berufliches Wissen voll einsetzen. Auch dann gibt es keine Möglichkeit der Haftungsbefreiung. Noch dazu gilt, dass gleich mehrere Bauern zusammen haftbar gemacht werden können. Mit Gleichberechtigung der Anbauformen hat das wenig zu tun.

Das ist ein Affront gegen die ländliche Gemeinschaft und soll offenbar gezielt Streit in die Dörfer tragen, um dort eine neue Gentechnik-Debatte loszubrechen. Zumal jedes Feld in ein Stan-

dortregister eingetragen werden muss, für das der Öffentlichkeit sehr weitgehende Einsichtsrechte eröffnet werden sollen. Angesichts der bekannten Zerstörungspraxis der Gentechnikgegner keine gute Idee. Völlig sachfremd ist, dass von der Bundes- bis zur örtlichen Ebene Naturschutzbehörden entscheidende Genehmigungsaufgaben erhalten sollen.

Die Bundesregierung hat sich seit Jahren geweigert, die weltweit rasant zunehmende Nutzung von gentechnisch veränderten Pflanzen wahrzunehmen und durch Probeanbauprogramme in Deutschland eigene Erfahrungen auf diesem Gebiet zu sammeln. Dadurch fehlen nun jegliche Erfahrungswerte zum praktischen Umgang mit dieser modernen Biotechnik auf den Bauernhöfen, in der Verarbeitung und Vermarktung. Ausgerechnet im Jahr der Technik und Innovation wird mit dem Künast-Entwurf der technologische Fortschritt im eigenen Land weiter ausgebremst.

Helmut Heiderich ist Fraktionsbeauftragter für Bio- und Gentechnologie

Beraterverträge weiter im Dunkeln

Erklärung zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Vergabep Praxis und kostenexterne Beratung der Bundesregierung“

In der Antwort auf die kleine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag über die „Vergabep Praxis und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“ gibt die Regierung nur unvollständig Auskunft über die in Anspruch genommene externe Beratung und deren Kosten.

Nachdem die Bundesregierung Anfang Januar 2004 zunächst mitteilte, sie habe für Beraterverträge im Jahr 2003 13 Mio. Euro ausgegeben, kommt sie nunmehr in ihrer Antwort vom 2.2.2004 zur Halbwahrheit und teilt



Dietrich Austermann

mit, dass für Beraterverträge von 1999–2003 rd. 169 Mio. Euro ausgegeben wurden. Dies ist der 23fache Betrag dessen, was zunächst für das Jahr 2003 behauptet wurde. Aber auch diese neuen Angaben sind nicht vollständig, da in der Antwort viele Bereiche total ausgespart sind. Alleine im Verteidigungsministerium entstanden in den letzten 4 Jahren Kosten für Berater in einem Volumen von über 500 Mio. Euro.

BERATUNG FÜR 169 MILLIONEN EURO

Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben von 1999 bis 2003 insgesamt 168,8 Mio. Euro für Beraterverträge, Gutachten und Expertenkommissionen ausgegeben. Das geht aus einer Antwort der Regierung (BT-DRs 15/2458) auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU hervor. Die meisten und zusammen teuersten Verträge vergaben dabei das Finanz- und das Verkehrsministerium. Allein für die „Vorbereitung und Durchführung des Ausschreibungsverfahrens zur Lkw-Maut“ fielen 15,6 Mio. an.

Dementsprechend sagt die Bundesregierung auch selber in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage: „Der Anspruch auf vollständige Erfassung aller noch vorhandenen Daten kann angesichts der Fülle des zu untersuchenden Datenmaterials und des zur Verfügung stehenden Zeitraumes nicht erfüllt werden.“

Beispiele für wichtige und große Beratungskomplexe, die in der jetzt vorgelegten Antwort von der Bundesregierung nicht berücksichtigt sind:

- Im Bundesverteidigungsministerium ein Vertrag über rd. 26 Mio. Euro Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit dem IT-Projekt Herkules. Hinzu kommt ein Vertrag über rd. 11 Mio. Euro Beratungsleistungen für das Reformmanagement der Bundeswehr.
- Alle im Hinblick auf die GEBB vergebenen Beraterverträge.
- Der ganze Komplex der Bundesagentur für Arbeit.
- Die Einführung neuer Software-Systeme im Bundesfinanzministerium und im Bundesinnenministerium.

Hinzu kommt, dass bereits eine Reihe rechtswidriger Vergaben aufgedeckt wurden. Deshalb bedarf nicht nur der Umfang sondern vor allem die Vergabep Praxis der Bundesregierung

einer weiteren eingehenden Überprüfung. Der Rechtsbruch durch Missbrauch von Vergabe- und Haushaltsrecht muss endlich aufgehört werden. Die Union wird im Haushaltsausschuss weitere kritische Fragen stellen und den anstehenden Bericht des Bundesrechnungshofs diskutieren.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

Informationsrecht des Parlaments missachtet

Stellungnahme zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Vergabeprix und Kosten externer Beratung der Bundesregierung“, BT-Drs. 15/2458.

Die Bundesregierung muss die Namen der Berater der Ministerien dem Deutschen Bundestag mitteilen.

Die Weigerung der Bundesregierung, Auskunft über die Berater zu erteilen, verstößt nach Einschätzung renommierter Verfassungsrechtler gegen das Informationsrecht des Parlaments.

Der Deutsche Bundestag und die Öffentlichkeit haben einen Anspruch dar-



Dagmar Wöhr

auf, zu erfahren, an welche Beratungsfirmen Aufträge vergeben wurden. Ansonsten kann eine potenzielle Verquickung der Bundesregierung mit einzelnen Beraterfirmen nicht ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung sollte hier um Transparenz bemüht sein. Stattdessen hält sie Informationen zurück, die für die Beurteilung des Einsatzes externer Berater unabdingbar notwendig sind. Sie nährt damit selber den Verdacht der bewussten Vertuschung und Verschleierrung.

Die Verstöße gegen das Vergaberecht in der Bundesagentur für Arbeit und die Salami-Taktik des Bundeswirtschaftsministers haben gezeigt, wie wichtig eine wirksame Kontrolle ist.

Dagmar G. Wöhr ist wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin

Deutscher Wissenschaftsrat bestätigt CDU/CSU-Initiative

Stellungnahme zum Forschungsbericht des deutschen Wissenschaftsrats

Eine stärkere Vernetzung der bundeseigenen Forschungseinrichtungen mit den Agrarfakultäten der Hochschulen ist das Ziel einer CDU/CSU-Initiative, die inzwischen im Agrarausschuss des Deutschen Bundestages auch die Unterstützung aller Fraktionen gefunden hat.

Gleichzeitig sollen dabei nach den Vorstellungen der Union in Zusammenarbeit mit den Ländern „Kompetenzzentren der Agrarwissenschaft“ in Deutschland herausgebildet werden.

Die Wissenschaftler der Ressortforschungsanstalten des Bundes sollen in die Lehre und Ausbildung der Hochschulen eingebunden werden. Forschungsprojekte sollen gemeinsam konzipiert und eingesetzt werden, auch unter gemeinsamem Einsatz von Drittmitteln.

Auf diese Weise können nach unserer Auffassung die weltweit renommierten deutschen Agrarfakultäten auch bei knapperen Kassen in den Bundesländern erhal-



Peter Harry Carstensen



Helmut Heiderich

ten und gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarforschung gesteigert werden.

Das Gutachten des deutschen Wissenschaftsrats bestätigt unsere Initiative und wird sicherlich zu einer Beschleunigung der Umsetzung beitragen.

Peter-Harry Carstensen ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und **Helmut Heiderich** ist Fraktionsbeauftragter für Bio- und Gentechnologie.

Rot-Grüner Zentralisierungswahn

Erklärung zur Forderung des Berliner Innensenators Erhart Körting, auch den Bundesverfassungsschutz nach Berlin zu verlagern:

Der von Rot-Grün bereits verfügte Umzug des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bun-

deskriminalamtes (BKA) nach Berlin scheint nicht das letzte Wort des rot-grünen Zentralisierungswahns von Sicherheitsbehörden in Berlin gewesen zu sein. Nach dem Motto „Der Appetit kommt beim Essen“ nennt es jetzt der Berliner SPD-Innensenator Körting „Unabweisbar, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz nach Berlin zieht.“

Die Beteuerungen der Bundesregierung, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz auf jeden Fall in Köln bleiben werde, kann und wird niemand mehr glauben. Auch beim BND und beim BKA wurde den Mitarbeitern und den politischen Verantwortlichen in der Region versichert, dass die gegenwärtigen Standorte von BND und BKA erhalten bleiben sollen. Dieser rot-grüne Zentralisierungswahn von Sicherheitsbehörden in Berlin ist angesichts der leeren Kassen im Hinblick auf die immensen Umzugskosten haushaltspolitisch unverantwortlich und sicherheitspolitisch töricht. Der Unruhe und damit der eingeschränkten Leistungsfähigkeit beim BND und beim BKA folgt jetzt weitere Ver-



Hartmut Koschyk

unsicherung beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Bundesregierung sollte endlich erkennen, dass ihre Umzugspläne für BND und BKA Unsinn sind und man ihr auch kein Vertrauen mehr schenkt, dass der Kölner Standort des Bundesamtes für Verfassungsschutz sicher ist. Die dezentrale Sicherheitsstruktur in Deutschland, die auch immer ein Garant einer optimalen Bund-Länder-Zusammenarbeit ist, hat sich bewährt und sollte von Rot-Grün nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Hartmut Koschyk ist innenpolitischer Fraktions-sprecher.

Neues Fraktionspapier:
Maria Böhmer: „Für eine nachhaltige Bildungs- und Forschungspolitik“

→ www.cducusu.de



Die neue Fahne der CDU!



CDU Hissflagge

orange mit CDU-Logo
im Weißraum

Hochformat 1,50 m x 3,0 m

Bestell-Nummer: **0090**

Preis je Stück: **22,50 €**
inkl. MwSt.: 26,10 €

EUROPA Hissflagge

blau mit gelben Sternen

Hochformat 1,50 m x 3,0 m

Bestell-Nummer: **0089**

Preis je Stück: **36,00 €**
inkl. MwSt.: 41,76 €



Pin „FU“

Größe ca.
1,5 cm x 1,5 cm

Bestell-Nummer: **9092**
Preis je 100 Stück: **20,00 €**
inkl. MwSt.: 23,20 €



Aufkleber „FU“

Größe ca.
3 cm x 3 cm

Bestell-Nummer: **9091**
Preis je 100 Stück: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

ID-Band KPV

„www.stark-vor-ort.de“

weißes Band mit kunststoff-
schnappverschluss und
Karabinerhaken

Größe 90 cm x 2 cm

Bestell-Nummer: **9078**
Preis je 10 Stück: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de